

# Zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Alf Mintzel, Universität Passau

Stefan Immerfall

## Die CSU: Faktoren ihrer Vorherrschaft und Stellung im Unionslager

»In diesem Jahr stehen ja keine wichtigen Wahlen ins Haus. Die Landtagswahlen in Bayern sind zwar gut gemeint, aber nicht wirklich spannend.«<sup>1</sup>

Die CSU ist der weiße Rabe unter den politischen Parteien in Wettbewerbsdemokratien. Mit nur einer Ausnahme (1954-57) führt sie alle bayerischen Landesregierungen. Obwohl Deutschland ein Mehrparteiensystem aufweist und auch die CSU von der Parteienverdrossenheit keineswegs verschont geblieben ist, fährt sie kontinuierlich Wahlergebnisse jenseits der 50-Prozent-Marke ein. In allen unionsgeführten Bundesregierungen war sie umfänglich vertreten (wenngleich sie den Bundeskanzler noch nie gestellt hat). Damit stellt Bayern eine *uncommon democracy*<sup>2</sup> dar. Dieser Ausnahmeerscheinung soll im Folgenden nachgegangen werden.<sup>3</sup>

Der erste Abschnitt rekapituliert kurz den phänomenalen Aufstieg und anhaltenden Wahlerfolg dieser Partei. Der soziologische Alltagsverstand – Bayern naturgemäß konservativ, weil Agrarland – hilft als Erklärung nur scheinbar weiter. Denn zum einen war die Vormachtstellung der CSU und ihr Wahlerfolg durchaus nicht »in den Schoß gelegt«. Dazu musste sie erst in harten und langen Kämpfen die alt-bayerisch-partikularistische »Bruderpartei« Bayernpartei niederringen, die klerikal-konservativen Anti-Modernisten in den eigenen Reihen zurückdrängen und endlich liberale und sozialdemokratische Hochburgen in Franken schleifen. Zum zweiten hat die rapide Industrialisierung Bayerns das konservative Übergewicht gerade nicht untergraben – ganz im Gegenteil! Früher waren es rauchende Schloten, die in weißblaue Himmel ragten, heute sind es Laptops und Lederhosen chic – und beides verbucht die CSU als ihren Erfolg.

- 1 Der Kabarettist Frank-Markus Barwasser (Erwin Pelzig) bei der Verleihung des Deutschen Kabarettpreises 2002.
- 2 T.J. Pempel (Hg.), *Uncommon Democracies: The One-Party Dominant Regimes*, Ithaca 1989.
- 3 Dieser Aufsatz stützt sich auf einen Beitrag für den Sammelband von Elia Bosco / Josef Schmid (Hg.), *La Germania dopo le elezioni. Stabilità e crisi di un sistema politico*, Milano 2005. Den beiden Herausgebern sei für ihre kritischen Anmerkungen gedankt. Das Manuskript wurde im Januar 2005 abgeschlossen.

Wie also gelang es dieser Partei, politisch-kulturell heterogene Räume zu einer Einheit zu verschmelzen und sie über einen langen Zeitraum zu dominieren? Abschnitt 1 argumentiert, dass die CSU für sie günstige Gelegenheiten vorgefunden hat, diese historischen »Zufälligkeiten« aber organisatorisch, institutionell und programmatisch für sich konsequent zu nutzen wusste. Aus dieser glücklichen Kombination von Gelegenheiten und Strategien resultieren Größenvorteile, die bis heute andauern und auf absehbare Zeit die politische Konkurrenz in Bayern klein halten werden (Abschnitt 2). Es sind eher innerparteiliche Fehlentscheidungen, welche die notwendige, gleichwohl prekäre Balance zwischen Modernisierung und Bewahrung untergraben können, und es ist das kollektive Fehlverhalten der politischen Klasse, das ihr die Zustimmung großer Bevölkerungsteile entziehen könnte (Abschnitt 3). Abschnitt 4 zeigt schließlich, dass die Faktoren, welche die Vorherrschaft der CSU in Bayern stützen, für die Union als Ganzes durchaus zweischneidig sind.

### *I. Der Weg zur Hegemonialpartei: Strategien und Gelegenheiten*

In Bayern erzielte die CSU bei der Bundestagswahl 2002 mit einem fulminanten Zuwachs von fast elf Punkten ein weiteres Traumergebnis an der 60-Prozent-Grenze. Traumergebnisse sind für die CSU nicht der Ausnahmefall, sondern die Regel. Die bayerische Parteienlandschaft ist in einem Maße durch die Vorherrschaft dieser Partei geprägt, dass Bayern als Land der CSU erscheint. Die CSU regiert ununterbrochen seit 1957; seit 1962 (1. Kabinett Alfons Goppel) gar allein (Abb. 1). Im Landtag von 1998 verfügte sie fast, im neu gewählten Landtag von 2003 gar über eine Zwei-Drittel-Mehrheit. (Abb. 2 und Abb. 3). Dabei gelang es ihr als erste Partei in der Geschichte bayerischer Landtagswahlen nach 1945 sämtliche Direktmandate zu erobern. Mit diesem Ergebnis verfügt die CSU über eine Zweidrittel-Mehrheit, die ihre schon jetzt erheblichen Machtbefugnisse<sup>4</sup> nochmals erweitert (Abb. 2).

Aus den Bundestagswahlen ging die CSU bereits seit 1957 mit absoluter Mehrheit hervor (Abb. 3). Die CSU fährt in Bayern konstant erheblich bessere Zweitstimmenergebnisse ein als die Union auf Bundesebene.

- 4 Etwaige Verfassungsänderungen, die mit der Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden könnten, müssten allerdings stets dem Volk zur endgültigen Abstimmung vorgelegt werden. (Zum Wahlergebnis s. Michael Münter, »Landtagswahl und Volksentscheide in Bayern am 21. September 2003« in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 4/2003, S. 465–470; s.a. Heinrich Oberreuter, »Landesparlamentarismus in Bayern: Wiederbegründung und Entwicklungstendenzen. Von 1946 bis heute« in: Stefan Immerfall (Hg.), *Parteien, Kulturen und Konflikte – Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft*. Festschrift für Alf Mintzel, Opladen 2000).

Abb. 1: Die Bayerischen Landtagswahlen seit 1946

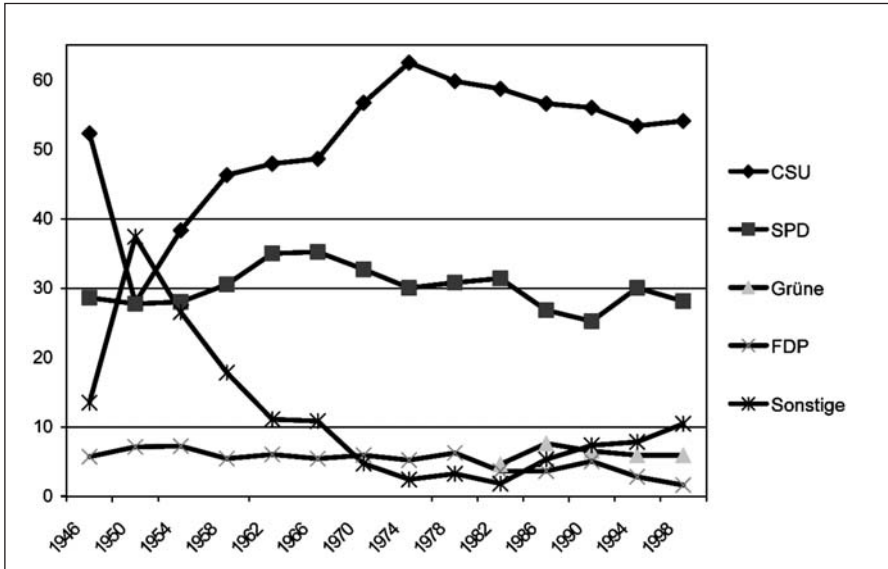


Abb. 2: Sitzverteilung im 15. Bayerischen Landtag (2003)

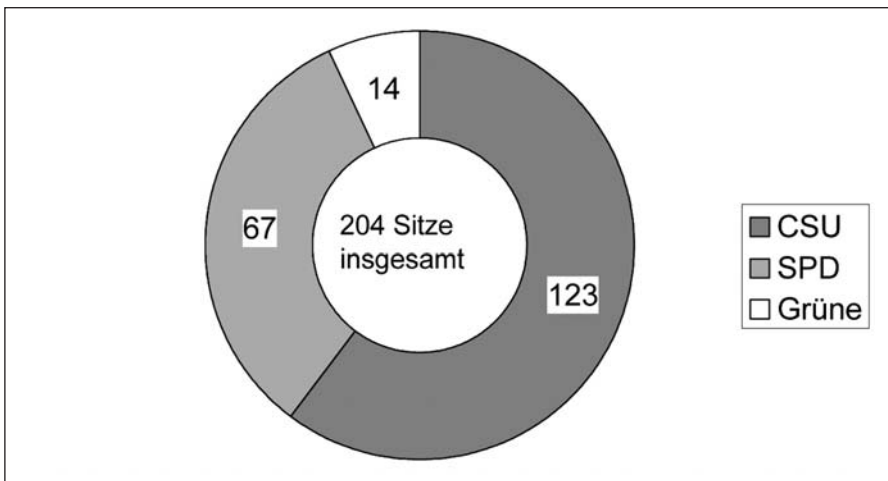
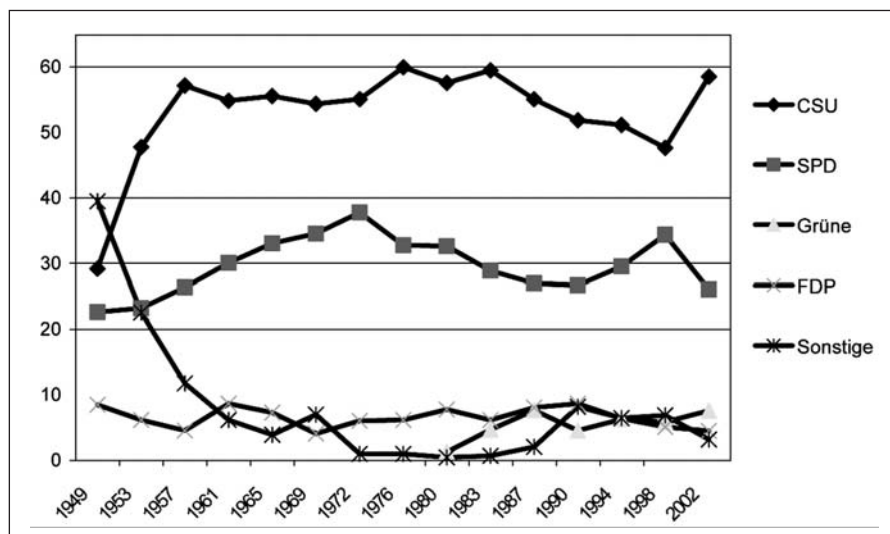


Abb. 3: Die Bundestagswahlen in Bayern seit 1949



Somit hat die CSU in Bayern seit über 30 Jahren eine schier uneinnehmbare Vormachtstellung inne. Das ist mehr als die Zeitspanne einer Generation. Indes war diese Entwicklung keineswegs vorgezeichnet, naturgegeben oder geradlinig, wie es vielleicht im Rückblick erscheinen mag. Bayern kann zwar auf eine lange Staatstradition zurückblicken<sup>5</sup>, doch erst in der Nachkriegszeit fügten sich die einst heterogenen Gebietsteile Bayerns zum Erscheinungsbild einer CSU-dominierten Einheit. Aus politisch-soziologischer Sicht seien für diesen, auch im internationalen Vergleich außergewöhnlichen Erfolg einer Partei vier Erklärungsfaktoren angedeutet<sup>6</sup>:

- 5 In seiner heutigen Form sind es 200 Jahre; die Wurzeln des heutigen Bayerns werden gerne auf die Belehnung von Otto von Wittelsbach mit dem Herzogtum Bayern 1180 zurückgeführt (kritisch dazu Karl Bosl, *Repräsentation und Parlamentarismus in Bayern*, München 1975). Die Wittelsbacher regierten Bayern bis 1918.
- 6 Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen 1978 (zuerst 1975); ders., »Political and Socio-Economic Developments in the Postwar Era: The Case of Bavaria 1945-1989« S.145-178, in: K. Rohe (Hg.), *Elections, Parties and Political Traditions. Social Foundations of German Parties and Party Systems, 1867-1987*, New York 1990; ders., »Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern« S.125-180, in: D. Oberndörfer / K. Schmitt (Hg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1991; ders., *Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer*, Passau 1998; Stefan Immerfall / Alf Mintzel, »Ergebnisse und Perspektiven der Forschung zur Parteienlandschaft in Bayern« in: M. Lanzinner / H. Henker (Hg.), *Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945*, Augsburg: Haus der Bayerischen Geschichte (Materialien zur Bayerischen Geschichte und Kultur 4/97), 1997, S. 13-28.

Sie betreffen institutionelle Strategien, sozioökonomische Wandlungsprozesse, parteiorganisatorische Größenvorteile sowie programmatische Fragen.

- a) Ein erster Gesichtspunkt ist institutioneller Natur. Der CSU gelang es, Bayern als regionale, politisch-kulturelle Einheit zu formieren und sich als deren Repräsentanten zu positionieren. Als Hebel dazu diente eine »Doppelstrategie«, die bei Staat und Partei einerseits, bei der Gesellschaft andererseits ansetzte. Auf staatlicher Ebene konnte die CSU auf eine starke Staatsbürokratie zurückgreifen, die im langen Prozess der innerbayerischen Integration selbst zu einem maßgeblichen Traditionsfaktor geworden war. Den tonangebenden bayerischen Funktionseliten gelang es, die traditionellen, klein- und mittelstädtischen Honoratiorengesellschaften und ihre kommunalen Führungskräfte zu kooptieren. Ein in Teilen eigens für die Zwecke der Homogenisierung geschaffenes institutionelles Gefüge (z.B. bayerische Kulturpolitik, geschlossene katholische Territorialkirche, Bayerischer Rundfunk, Bayerische Akademie der Wissenschaften usw.) flankierte die ideologische Vormachtstellung der CSU.

Historische Tradition und aktuelle Situation führten nach 1945 erneut zu einer bayerischen Sonderentwicklung im neu entstehenden, westdeutschen Parteiensystem. Auf Bundesebene kam es zu einer gesonderten parlamentarischen »Repräsentanz Bayerns« in Form der CSU-Landesgruppe in der Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU. Damit ist die CSU als einzige Partei in Deutschland eine autonome Landespartei mit bundespolitischer Sonderstellung<sup>7</sup>. Diese Doppelrolle ermöglicht es der CSU, als Bayern schlechthin verkörpernde Landespartei in Erscheinung zu treten (und nicht als Annex der CDU) und zugleich bundespolitisch Einfluss zu nehmen. Der »Alleinvertretungsanspruch« der CSU funktionierte, weil sie in Bayern frühzeitig die parteipolitische Spaltung des Katholizismus dadurch für sich zu entscheiden wusste, dass sie ihren innerbayerischen Konkurrenten, die bayerisch-traditionalistische und partikularistische Bayernpartei (BP), niederrang. Ausgehend von dem nun »befriedeten« altbayerischen Stammland<sup>8</sup>, ging die CSU in einem zweiten Schritt daran, den zunächst liberal und später sozialdemokratisch dominierten fränkisch-protestantischen Traditionsraum zu erobern. Bis zu den 70er Jahren war ganz Bayern zur CSU-Hochburg eingebnet.

- 7 Historisch steht die Institution der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in der Tradition der Sonderrechte Bayerns im Deutschen Kaiserreich. Damit geht einher die Beschränkung der Parteiorganisation auf Bayern. Eine Ausdehnung der CSU über Bayern hinaus hätte einen »Einmarsch« der CDU nach Bayern zur Folge und würde letztlich beide Unionsparteien schwächen (dazu Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann, »Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen. Eine in die unmittelbare Vergangenheit gerichtete Prognose« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 11-12/1991, S. 33-45).
- 8 Als Altbayern werden die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz bezeichnet. Die schwäbischen und fränkischen Teile kamen erst im Zuge der napoleonischen Neuordnung zu – nun zum Königreich aufstiegegenen – Bayern.

- b) Da ist zum Zweiten die CSU als moderne, ressourcenreiche Großpartei, eine Partei, die früher als andere organisatorisch modernisierte und stets auf dem neuesten Stand der Informations- und Kommunikationstechnik geblieben ist. Dies wird im nächsten Abschnitt noch deutlicher; hier sei lediglich auf die hohe organisatorische Präsenz verwiesen. Die CSU war Mitte der sechziger Jahre in knapp der Hälfte der politischen Gemeinden Bayerns organisiert. Dies ist bereits ein beträchtlicher Wert, berücksichtigt man die Kleinheit vieler Gemeinden. Allerdings spiegelte das Strukturbild der CSU-Organisation noch stark die früheren dynastischen bzw. territorial-konfessionellen Gegebenheiten wider, wie auch die zu 90 Prozent der römisch-katholischen Konfession angehörende Mitgliedschaft. Bereits 1985 war die CSU nicht nur in fast 100 Prozent der, nun allerdings durch die Gebietsreform vergrößerten Gemeinden präsent, sondern sie hatte darüber hinaus noch in vielen alten Gemeinden bzw. heutigen Ortsteilen ihre Ortsverbände bestehen lassen<sup>9</sup>.

Ähnlich wie verschiedentlich linke Parteien erfolgreich lokale Milieus vereinheitlichen und ihre Deutungskultur durchsetzen konnten<sup>10</sup>, gelang es der CSU, die allmählichen Entkoppelung von überkommenen, v.a. kirchlichen Autoritäten für sich zu nutzen. Die abnehmende Prägekraft christlicher Sozialmilieus hatte für die CSU – im Gegensatz zur CDU<sup>11</sup> – keine abträglichen Folgen. An deren Stelle trat ein ihr nahe stehendes Organisationsgeflecht, so dass beispielsweise katholische Laienorganisationen und Traditionsvereine weiterhin wertvolle »Zubringerdienste« leisteten. So schuf sich die CSU gewissermaßen ein parteinahes gesamt-bayerisches Sozialmilieu, das modernes organisationspolitisches Partei-management mit neuen Honoratioren-Strukturen verbindet. Selbst mit den auf den ersten Blick mit der CSU konkurrierenden Freien Wählergemeinschaften besteht überwiegend ein Ergänzungsverhältnis.

Das dichte Interessen- und Kommunikationsgeflecht wird keineswegs nur im Wahlkampf gepflegt; dort aber kann die CSU ihre ganze Überlegenheit ausspielen<sup>12</sup>. Im Gegensatz zur SPD müssen CSU-Abgeordnete nicht mit Akzeptanzproblemen rechnen, wenn sie als Exponenten ihrer Partei auftreten<sup>13</sup>. Der bevorzugte Zugang zu den Massenmedien ist dabei nur ein Faktor. Im Dreieck von veröffentlichter Meinung, politischen Richtungsentscheidungen und politischen Alltagsüberzeugungen üben Parteimitglieder eine nicht unwesentliche Scharnierfunktion

- 9 Susanne Koch, *Parteien in der Region. Mitglieder, Wahlergebnis, Parteienstruktur*, Opladen 1994, S. 146-165; Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 54-64.
- 10 Mario Caciagli, »Ein ‚roter‘ Bezirk in der ‚roten‘ Toskana: Entstehung und Persistenz politischer Subkulturen« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18/1987, S. 512-522; Karl Rohe, *Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur*, Essen 1986.
- 11 Karl Schmitt, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989.
- 12 Stefan Immerfall, »Politische Kommunikation von Parteimitgliedern. Eine mehrbenenanalytische Fallstudie zur Bundestagswahl 1990« in: *Zeitschrift für politische Psychologie* 1, 3/4/1993, S. 247-271.
- 13 Werner J. Patzelt, »Communication networks of German legislators: The case of Bavaria« in: *German Politics* 2/1993, S. 49-61.

aus. Auch wenn sich »einfache« Parteimitglieder nicht aktiv um die Legitimation »ihrer« Partei bemühen, beeinflussen sie doch ihre unmittelbare soziale Umgebung. Eine gut verankerte Partei hat einen doppelten Vorteil: Sie tut sich leichter, Neumitglieder zu gewinnen, und sie kann auf einen vorteilhaften Resonanzboden für ihre Überzeugungsarbeit zurückgreifen. Davon abgesehen stellt die Mitgliedschaft in »geborenen Regierungsparteien« – Parteien, die auf absehbare Zeit die Regierung stellen werden – für bestimmte Berufsgruppen, etwa für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, einen Anreiz eigener Art dar.

- c) Drittens hat die CSU als deren Hauptagent von dem erfolgreichen Prozess der späten Vollindustrialisierung profitiert. Dem Bundesland Bayern blieben nach 1945 – und das ist das Typische seiner späten Vollindustrialisierung und industriegesellschaftlichen Entwicklung – die »großen Schrecken« (Polanyi) bzw. die heftigen sozialen Kosten solcher Prozesse erspart. Bayern nahm im bundesrepublikanischen Rahmen an der wohlfahrtsstaatlichen Weiterentwicklung aller westeuropäischen Industriestaaten teil. Die im Agrarraum freigesetzten Arbeitskräfte konnten lange Zeit zum großen Teil in der Industrie und im Dienstleistungssektor unterkommen. Subventionistische Befriedungs-, Harmonisierungs- und Entwicklungsstrategien dienten dazu, den rapiden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozess im konservativen »Griff« zu halten. Bereits Hanns Seidel, Landesvorsitzender von 1955 bis 1961 und von 1957 bis 1960 Ministerpräsident, hatte die wesentliche Aufgabe darin gesehen, konservative Politik in Bayern modern und offen für die Zukunft zu gestalten. Heute sieht sich Bayern auf dem Weg zum High-Tech-Land; doch noch immer gelingt es der CSU, sich als Garanten des sozial- und traditionsverträglichen wirtschaftlichen Wandels glaubhaft zu machen<sup>14</sup>.

Mit der industriellen Erfolgsgeschichte Bayerns vollzog sich zwar ein Mentalitätswandel<sup>15</sup>, der aber überraschenderweise die Sozialdemokratie keineswegs begünstigte. Zum einen blieben in der Bevölkerung mittelständisch geprägte Verhaltensmuster und Einstellungen weitgehend erhalten. Zum anderen verwan-

- 14 Zu den einzelnen Aspekten des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft, s. die Nachweise in Mintzel 1978, aaO. (FN 6), S. 49-200 und Koch aaO. (FN 9), S. 88-123), zum High-Tech-Modernisierungsschub unter Edmund Stoiber: Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 267-270.
- 15 Allg. zur bayerischen Mentalitätsgeschichte: Jürgen Gebhardt, Bayern, »Deutschlands eigenwilliger Freistaat. Historisch-gesellschaftliche Aspekte der politischen Kultur in Bayern« S. 83-104 in: R.A. Roth, (Hg.), *Freistaat Bayern*, München 1982; und Gerhard Hirscher, »Wertewandel in Bayern und Deutschland. Klassische Ansätze, aktuelle Diskussionen, Perspektiven« in: Hanns-Seidel-Stiftung (München) *aktuelle analysen* 2/ 1995; als aktuelles Beispiel die Umfragen zum Heimatgefühl in der Generationenstudie 2003; zur regionalen Pluralität politischer Kultur in Deutschland s. Hans-Georg Wehling, *Regionale politische Kultur*, Stuttgart 1986; und Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1992; mit historischen Wahldaten noch weiter zurückgreifend: Stefan Immerfall, *Territorium und Wahlverhalten. Zur Modellierung geopolitischer und geökonomischer Prozesse*, Leverkusen 1992.



delte sich seit den 50er Jahren das durch historische Unterlegenheitsgefühle gegenüber dem offenbar erfolgreicherem »preußischen« Norden gekennzeichnete bayrische Mentalitätssyndrom allmählich in ein neues, nunmehr positiv bestimmtes »Wir-Bayern-Gefühl«. Bayern wurde unter der Führung der CSU zu einer wirtschaftlich potenten Region und zu einer neuen »Größe« in der deutschen und europäischen Politik, auf die heute viele Bürger in Bayern stolz sind. Es war naturgemäß die CSU, die davon profitierte, weil sie als Sachverwalter, Motor und Verkörperung bayerischer Identität in Bonn, Berlin oder Brüssel präsent ist.

- d) Und viertens schließlich dürfen programmatische Gründe nicht übersehen werden. Die CSU fand einen mittleren Weg zwischen traditionsgebundener »Bayerntreue« und notwendiger Öffnung und Modernisierung Bayerns. Das gilt für die Haltung zur bundesstaatlichen Ordnung, bei der die CSU nach harten internen Flügelkämpfen und im Gegensatz zur Bayernpartei (BP) den Kurs eines zum Ausgleich geneigten Föderalismus einschlug. Auch in der Gegenwart vertritt die CSU die Position eines gemäßigten Wettbewerbsföderalismus, nach der in Deutschland wie in Europa die Rolle der Regionen gestärkt werden soll<sup>16</sup>. Das gilt auch in Glaubensfragen. Zwar bleibt das Verhältnis von CSU und katholischer Kirche symbiotisch<sup>17</sup>; in klerikale Abhängigkeit hat sie sich indes nicht begeben. Seit der Wahl von Franz Josef Strauß zum Parteivorsitzenden 1961 handelt es sich von Seiten der CSU eher um ein Zweckbündnis. Wenn es nützlich erscheint, profiliert sie sich als entschlossene Verteidigerin des christlichen Glaubens<sup>18</sup>, doch in ihrer Beweglichkeit lässt sie sich von der Amtskirche nicht einschränken.<sup>19</sup>

## II. Anhaltende Größenvorteile

Noch immer weist die CSU gegenüber anderen Parteien eine Reihe schier uneinholbarer struktureller Vorteile auf. So besitzt sie eine überdurchschnittlich hohe Mitgliederzahl, die sie im Wesentlichen halten konnte, während andere Parteien Mitglieder verlieren. Gemessen am sozialstrukturellen Vergleich zwischen ihrer Mitgliedschaft und der bayerischen Bevölkerung insgesamt lässt sich ihr durchaus

16 Martin Hübler, »Bayern in der Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts« *Politische Studien* 388/2003, S. 84–95.

17 Dazu kritisch aus links-katholischer Sicht Carl Amery, *Leb wohl, geliebtes Land der Bayern. Ein Requiem*, München 1996.

18 Solche Gelegenheiten boten sich etwa nach dem »Kruzifix-Urteil« des Bundesverfassungsgerichtes 1995, im Konflikt um den Schwangerschaftsabbruch, bei der die modifizierte Fristenregelung in Bayern 1996 durch eigene Regelungen ergänzt wurde oder in der Frage des Gottesbezugs in der EU-Verfassung.

19 Trotz scharfer Kritik der katholischen Kirche hatte Kanzlerkandidat Stoiber die unverheiratete Mutter Katharina Reiche als das für Familienpolitik zuständige Mitglied in sein Kompetenzteam berufen. Ebenso enttäuschte Stoiber seine konservativen Anhänger mit einer unversehens moderaten Haltung zur sog. Homosexuellen-Ehe.



der Charakter einer »Volkspartei« zusprechen; weniger stark als bei anderen Parteien sind bei ihr Menschen mit Abitur und aus den Sozialberufen überrepräsentiert<sup>20</sup>.

Die CSU verfügt über eine umfangreiche und dennoch schlagkräftige Parteiorganisation. Sie hat ihren Vorsprung als moderne »Massen- und Apparatepartei«<sup>21</sup> bewahrt. So hat sie als erste Partei in Deutschland ein web-basiertes Kommunikationsnetz eingerichtet, das ein spezielles Angebot und einen umfassenden Service exklusiv für die Parteimitglieder bietet (»CSU-Net«). Seit 2002 verfügt jeder christsoziale Ortsverband im Freistaat über eine eigene, gleichwohl zentral verlinkte Adresse im Internet. Die CSU weist überdies die Besonderheit von großen, zum Teil recht regen Arbeitsgemeinschaften auf (Jugend, Frauen, Landwirtschaft, Arbeitnehmer, Mittelstand, Vertriebene, Kommunalpolitische Vereinigung), deren Mitglieder nicht automatisch ein CSU-Parteibuch haben müssen. Mit diesen Arbeitsgemeinschaften bindet die CSU nicht nur Personen, sondern auch beträchtlichen Sachverstand.

Extreme innerparteiliche politische Diskrepanzen existieren nicht; die innerparteiliche Willensbildung erfolgt ohne größere Komplikationen, unterstützt von einem ausgedehnten Informations- und Kommunikationsapparat. Der Hang zur innerparteilichen Diskussion war in der CSU ohnehin nicht übermäßig ausgeprägt. Personalkämpfe wurden schnell, gnadenlos und effektiv ausgetragen. Der überraschend glatte Führungswechsel nach Straußens Tod (1988), der die CSU drei Jahrzehnte regelrecht verkörpert hatte, und die schnelle Reaktion auf die sog. Amigo-Affäre im Kabinett Streibl 1994 sind Beispiele für die bayerische Variante des demokratischen Zentralismus. Damals wurde Ministerpräsident Streibl von seiner eigenen Partei zum Rücktritt gezwungen und durch Edmund Stoiber ersetzt, als ruchbar wurde, dass er sich von Industriellen Urlaubsreisen nach Brasilien und Afrika spendieren ließ. Auch die Rivalitäten zwischen dem CSU-Vorsitzenden Waigel und Ministerpräsident Stoiber wurden hart und effektiv gelöst, nämlich durch Waigels Rückzug aus der Politik. Stoiber wurde dann im Januar 1999 standesgemäß mit 93,4 Prozent zum Vorsitzenden gewählt. Damit waren die Führung der CSU und das Amt des Ministerpräsidenten - wie zuletzt unter Franz Josef Strauß - wieder vereint<sup>22</sup>.

Ein Weiteres kommt hinzu, das den Reformdruck auf die CSU abschwächt: Die Bürger in Bayern besitzen mehr demokratische Einflussmöglichkeiten als in anderen Bundesländern. Die bayerische Verfassung, speziell die Kommunalverfassung<sup>23</sup>, kennt längst Elemente direkter Demokratie, die den Bürgern erlaubt, ihren Unmut zu äußern und auf die Parteien Einfluss zu nehmen. So ist jüngst das Volksbegehren zum Waldgesetz zwar knapp gescheitert, aber die CSU hat schon angekündigt, Teile der angefochtenen Forstreform nochmals zu überdenken. Bei Kommunal- und Landtagswahlen besteht

20 Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 67-72.

21 Alf Mintzel, »Auf der Suche nach der Wirklichkeit der Großparteien in der Bundesrepublik Deutschland« S. 66-105, in: H.-D. Klingenmann / W. Luthardt (Hg.), *Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse*, Opladen 1993.

22 Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 107-112, S. 264-267.

23 Dazu zählt die Direktwahl von Bürgermeistern und die Möglichkeit von Bürgerentscheidungen; vgl. dazu den Sieben-Jahresbericht bayerischer Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, hg. von »Mehr Demokratie e.V.«, München 2003.

die Möglichkeit, von der von den Parteien vorgegebenen Reihenfolge der Mandatsbewerber abzuweichen. Dieses Wahlsystem ermöglicht den Parteien eine gefahrlose Überprüfung der Frage, welche Kandidaten bei den Wählern besser ankommen.

### III. Ein behutsamer Modernisierungskurs wird verschärft

Wenn es auch bisweilen anders erscheinen mag: In Bayern gehen die Uhren nicht anders<sup>24</sup>. Auch hier gilt: *nothing fails like success*. Deshalb droht die Hauptgefahr der CSU paradoxerweise von ihren eigenen Erfolgen, die sie empfänglich für Gefälligkeiten und unempfindlich für Veränderungen im öffentlichen Bewusstsein machen könnten. Dem gegenüber steht die Aussage Carl Amerys<sup>25</sup>, der die Problematik der bayerischen Demokratie mit der Klientel- und Patronagepolitik Südtaliens verglichen hat. Es widerspräche der altbayerischen Vorstellung von Politik, jemanden zu wählen, der nachgewiesenermaßen nicht mächtig ist. Und wenn sich CSU-Leute bereicherten, beweise dies für einen großen Teil der Wähler nur, dass sie ihr Geschäft verstehen. Tatsächlich wird die »Hinterfotzigkeit der Großkopfeten« in Bayern seit jeher nicht nur verdammt, sondern insgeheim auch bewundert. Gewiss hatte Max Streibl Recht, als er sich nach seinem von der eigenen Partei erzwungenen Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident mit Verweis auf die zahlreichen Affären seines Amtsvorgängers Franz Josef Strauß bitter beklagte: »Das ist ja unglaublich, wenn ich bedenke, wie die es getrieben haben und weswegen ich zurückgetreten bin. Das waren, daran gemessen, wirklich nur Lappalien.«<sup>26</sup>

Die Argumentation Amerys wie Streibls übersieht dabei allerdings, dass mit der wirtschaftlichen Lage sich auch in Bayern die Bewusstseinslage in der Bevölkerung hinsichtlich des Verhaltens von Politikern und Amtsträgern geändert hat. Solange es aufwärts für Alle ging, sah man es ihnen eher nach, wenn sie sich einmal etwas ungenierter bedienten, getreu der biblisch-bayerischen Volksweisheit: »Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden« (5. Mose 25, 4). Wenn die Zeiten schlechter werden, will man aber auch in Bayern von den Politikern keine ausschweifende Lebensweise mehr sehen. Dieser Forderung entsprach der hart arbeitende und asketisch wirkende Stoiber eher als beispielsweise Gerold Tandler<sup>27</sup>, ebenfalls ein Zögling von Strauß.

24 Diese Meinung spielt auf ein bayerisches Souvenir an, eine Uhr, deren Zeiger gegen den Uhrzeigersinn laufen (Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 27-33).

25 Im Gespräch mit »Der Spiegel« vom 21.08.1995, Nr. 34, S. 40.

26 Zitiert in: Dirk Koch / Hartmut Palmer, »Das Geld, die Macht und FJS. Wie Franz Josef Strauß Politik und Geschäft miteinander verquickte« in: *Der Spiegel*, 22.07.1996, Nr. 30, S. 52. Eine literarische Bearbeitung diverser Korruptionsskandale in Bayern findet sich in Markus Dosch / Michael Schwab / Manfred Tonfeld (Hrsg.), *Freistaat Bayern - Land der Amigos. Lesebuch der bayerischen Werkkreis-Werkstätten*, Argenbühl-Christazhofen 1995; journalistischen Quellen zu Affären von CSU-Politikern hat die bayerische SPD unter [www.filzgeschichten.de](http://www.filzgeschichten.de) zusammengetragen.

27 Gerold Tandler, zur Zeit der Diadochenkämpfe um die Nachfolge Strauß bayerischer Finanzminister und heute Hotelier im bayerischen Wallfahrtsort Altötting, hatte sich ausgerechnet bei Eduard Zwick einen persönlichen Kredit besorgt. Zwick, ehemals Busenfreund von Franz Josef Strauß und auf der Flucht vor den Steuerbehörden, denen er damals 30 Millionen DM schuldete, war 1982 in die Schweiz an den Luganer See gezogen. 1990 entschied das bayerische Finanzministerium, den Steuerfall Zwick niederzuschlagen.

Die ethischen Veraltensstandards für Politiker scheinen also höher geworden zu sein. Darüber hinaus fordern Bürger und Parteimitglieder heutzutage eine stärkere Beteiligung an Entscheidungsprozessen als früher, während andererseits die Bedingungen der Mediengesellschaft nach Personalisierung und populistischer Parteiführung verlangen<sup>28</sup>. Die Vordenker der CSU wissen genau, dass stromlinienförmige Kampfgemeinschaft nicht mehr ausreicht: »Die größte Gefahr für die CSU wäre deshalb eine falsche Selbstsicherheit«, so die Mahnung des CSU-Vordenkers und langjährigen Vorsitzenden der Landtagsfraktion Alois Glück<sup>29</sup>. Unter dem im Januar 1999 zum neuen CSU-Generalsekretär berufenen, früheren bayerischen Umweltminister Thomas Goppel<sup>30</sup> wurden die Anstrengungen verstärkt, Parteiarbeit und -kommunikation behutsam zu modernisieren. Sparmaßnahmen wurden ergriffen, die Parteizentrale in München reorganisiert und mit einigen Satzungsänderungen die innerparteiliche Demokratie gestärkt. Wenn auch die Probleme der CSU geringer sind als die anderer Parteien und keine tiefe Kluft zwischen Parteibasis und Parteimanagement zu erkennen ist, ist auch die CSU nicht gänzlich frei von Schwierigkeiten. Wie anderen Parteien mangelt es der CSU an Quereinsteigern, vor allem an Frauen und jungen Leuten. Mehrere Ansätze werden diskutiert, die Partei für solche Zielgruppen attraktiver zu machen<sup>31</sup>.

In der CSU finden nicht nur Mittelstand und Landwirtschaft, sondern auch Arbeitnehmer ihre Heimat<sup>32</sup>. Sie ist eine interkonfessionelle, wenngleich überwiegend katholische, christlich-konservative Partei. Ein radikaler Marktliberalismus, wie beispielweise bei den britischen Konservativen unter Thatcher, liegt ihr fern. Vielmehr erkennt sie die sozialpolitische Rolle des Staates an und betont dessen Verantwortung für eine Abfederung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Insofern tritt sie für einen starken Staat ein, der sich nicht nur für innere Sicherheit, sondern auch für handfeste Industriepolitik zuständig weiß. Stoiber sieht sich dementsprechend als Motor der »Bayern AG«. In seiner Amtszeit wurde durch den Verkauf zahlreicher Staatsbeteiligungen fast fünf Milliarden Euro eingenommen und diese in den Ausbau der Infrastruktur gesteckt. Landesweit entstanden neue Zentren für Bio-, Medizin- und Umwelttechnologien, für Kommunikationstechnik, für praxisbezogene Wissenschaft und Forschung.

28 Karl-Rudolf Korte / Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien*, München, Berichte und Studien der Hans-Seidel-Stiftung, Berichte und Studien Bd. 91, 2000.

29 Alois Glück, *Verantwortung übernehmen*, Stuttgart 2000, S. 222.

30 Thomas Goppel, ein Sohn des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, wechselte nach der Landtagswahl 2003 ins Kabinett als Wissenschaftsminister. Sein Nachfolger im Amt des Generalsekretärs wurde der langjährige JU-Vorsitzende Markus Söder.

31 dazu Stefan Immerfall, »Eine Hegemonialpartei in ihrer Bürgergesellschaft. Neue Wege der Parteiarbeit bei der CSU« *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 14, 3/2001, S. 82-90; allg. Josef Schmid / Udo Zolleis, *Einleitung zum geplanten Sammelband »Zwischen Strategie und Anarchie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, 2004.

32 Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 65-72.

Gesellschaftspolitisch will und muss die CSU die Modernisierung Bayerns weiter vorantreiben. Andererseits fürchtet sie sich vor wachsenden Gegensätzen, die eine zu schnelle Veränderung in Gesellschaft und Wirtschaft mit sich bringen. Dann wäre es auch der CSU nicht länger möglich, Dynamik und emotionale Bindung – die sprichwörtlichen Lederhosen mit Laptops – in ihrem Markenzeichen zu vereinen. Auch die CSU sucht nach einem neuen Gleichgewicht von Markt, Staat und Gesellschaft. Im Gegensatz zu neoliberalen Parteien setzt sie dabei auf einen starken Staat; eine Demontage des Sozialstaats mit einer einseitigen Ausrichtung auf die Marktkräfte lehnt sie ab. Als Leitidee propagiert sie eine neue »Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat«<sup>33</sup>. Darin wird zwar die schon lange anhaltende Entwicklung zu mehr Staat beklagt und mehr Eigeninitiative und Gemeinschaftsgeist gefordert. Damit soll aber keine Demontage des Sozialstaats mit einer einseitigen Ausrichtung auf die Starken verbunden sein. Gerade indem sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert, könne er den sozialen Ausgleich durch Solidarität der Starken mit den Schwachen gestalten. Im Unterschied zu anderen konservativen Parteien in Europa orientiert sich der christlicher Wertekonservatismus der CSU damit weiterhin nicht an der Marktideologie<sup>34</sup>. Im Zentrum stehen Mittelstand und gesellschaftspolitischer Ausgleich, und dazu braucht es einen »gesellschaftssteuernden, handlungsfähigen, starken Staat«<sup>35</sup>.

Obwohl die Zinsbelastungsquote mit 3,1 Prozent die niedrigste im Ländervergleich ist, soll der Haushalts Bayern weiter konsolidiert werden. Unmittelbar nach der Wahl kündigte die neue Landesregierung überraschend harte Einsparungen mit dem Ziel an, im Jahr 2006 einen Staatshaushalt ohne Nettoneuverschuldung vorzulegen. Mit einer Verwaltungsreform soll öffentliches Personal kräftig eingespart werden. Finanzminister Huber machte sich dabei unter den Staatsdienern keine Freunde, als er sie indirekt als »mittelmäßig und unmotiviert« abkanzelte<sup>36</sup>. Dieser, auch bei den eigenen Anhängern nicht unumstrittene Reform- und Sparkurs soll ein landespolitisches Gegenstück zu den »Stümpereien in Berlin« darstellen<sup>37</sup>. Mit dieser Politik bekräftigt Stoiber einmal mehr den Anspruch Bayerns auf eine Vorbildfunktion für ganz Deutschland – notfalls eben als »deutscher Meister im Sparen«<sup>38</sup> – und damit seinen eigenen bundespolitischen Gestaltungswillen und persönlichen Ehrgeiz.

33 Glück aaO. (FN 29).

34 Vgl. Kees van Kersbergen, *Social Capitalism: A Study of Christian Democracy and the Welfare state*, London/New York 1995; Clay Clemens / Gerhard Hirscher (eds), *Christian-Democratic and Center-Right Parties in Europe and North America: Selected Perspectives*. Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Munich), Studies and Comments No. 2/2002.

35 Mintzel 1992, aaO., (FN 21), S. 229.

36 *Das Parlament*, 12./19. Juli 2004, S. 7.

37 So Stoiber auf der diesjährigen politischen Aschermittwochveranstaltung in Passau (*Passauer Neue Presse*, 26.02.2004, S. 2); der Politische Aschermittwoch in Passau und Vilshofen gehört zur unverzichtbaren politischen Folklore in Bayern (Barbara Wasner, *Der Politische Aschermittwoch seit 1919*, Passau 1999).

38 So kritisch der Volkswirtschaftler Peter Bofinger in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.01.2004, S. 2.

## IV. Vor der nächsten Bundestagswahl

Die Hegemonie der CSU in Bayern erscheint bis auf weiteres ungefährdet. Ähnlich wie Microsoft mit seinem Betriebssystem Windows in der Rechnerwelt befindet sich die CSU in einer für sie günstigen Pfadabhängigkeit. Diese Pfadabhängigkeit passt sie in die Strukturen Bayerns ein und schirmt sie weitgehend von politischer Konkurrenz ab. Selbst nach den jüngsten Sparrunden erfährt sie Zustimmungsraten von weit über 50 Prozent<sup>39</sup>. Auch aus der knapp gescheiterten Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden ergeben sich für die deutsche und für die bayerische Politik erstaunlich wenige Folgen. Mit Stoiber stand weder ein irgendwie geartetes »Modell Bayern« als Blaupause für ganz Deutschland zur Wahl, noch muss die CSU aus der Wahlniederlage unangenehme Folgen für ihre Stellung in Bayern befürchten. In seinen landsmannschaftlichen Besonderheiten ist ein »Modell Bayern« ohnehin nicht übertragbar und in seiner konkreten Ausgestaltung bewegte sich die CSU-Politik in Bayern in hohem Maße entlang den Grundlinien von »Modell Deutschland«: auf Konsens und Ausgleich bedacht, mittelstandsfreundlich und mit einem guten Schuss Staatsinterventionismus versehen. So ist das Verhältnis zwischen der bayerischen Staatsregierung und den Gewerkschaften in Bayern besser, als beide Seiten nach außen zugeben<sup>40</sup>.

Mit diesem Modell des »mittleren Weges«<sup>41</sup> ist Deutschland lange Zeit gut gefahren. Stetig wachsender Wohlstand, soziale Sicherheit und innerer Frieden sind seine Errungenschaften. Bayern – und Baden-Württemberg – sind diesem Modell gefolgt und haben es perfektioniert. Aber dieses Modell hat Risse bekommen – in Deutschland wie in Bayern<sup>42</sup>. Deutschland ist seit über einem Jahrzehnt das Wachstums-Schlusslicht in Europa<sup>43</sup>. Obwohl Steuern und Abgaben erhöht wurden, ist die Staatsverschuldung gestiegen. Ungeachtet eines weiterhin hohen Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland kommt der Aufschwung Ost nicht in Fahrt. Die Arbeitslosenkurve zeigt eher nach oben als nach unten. Selbst die bayerischen Wirtschaftszahlen können im regionalen europäischen Vergleich nicht mehr glänzen. In einem kürzlich bekannt gewordenen Gutachten, das die Unternehmensberatung McKinsey für die bayerische Staatsregierung erstellt hatte, wurde deutlich, dass Bayern beim Wirtschaftswachstum im deutschen Ländervergleich nur noch einen Mittelplatz einnimmt, beim Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders weit vorne liegt

39 »Bayerntrend«, Umfrage zum Jahreswechsel 04/05 von Infratest DIMAP im Auftrag des Bayerischen Rundfunks.

40 Vgl. z.B. »Die CSU und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wollen einen gemeinsamen Vorschlag zur Reform des Gesundheitswesens erarbeiten«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.10.2003, S. 4.

41 Manfred G. Schmidt, »Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9-10/1990, S. 23-31.

42 Peter Franz / Stefan Immerfall, »Zeitlupenland Deutschland? Zum Vollzugsdefizit wirtschaftspolitischer Reformen« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 18-19/2003, S. 3-8.

43 Achim Truger / Eckhard Hein, »Schlusslicht Deutschland - Makroökonomische Ursachen« in: *Wirtschaftsdienst*, H. 7/2002, S. 402-410.

und überdurchschnittlich viele Beschäftigte in Branchen hat, die vom Arbeitsplatzabbau besonders stark betroffen sind. Überdies weist Bayern starke regionale Unterschiede auf<sup>44</sup>. Mehrere Firmen, die der Freistaat Bayern heftig subventioniert hatte, gingen Bankrott. Hohe Kredite der Bayerischen Landesbank, an deren Spitze ehemalige und gegenwärtige CSU-Granden stehen, mussten abgeschrieben werden. Beim zusammengebrochenen Medienimperium von Leo Kirch stellt die Bayerische Landesbank sogar den größten Gläubiger.

Es scheint, als finde die segnende Hand der weißblauen Wirtschaftspolitik ihre Grenzen in einem zunehmend globalen Marktumfeld. Doch noch kann die CSU darauf verweisen, dass Bayerns Wirtschaft zwischen 1995 und 2001 um 15% gewachsen ist – keine Spitzenleistung im europäischen Vergleich, aber mehr als jedes andere Bundesland in Deutschland vorweisen kann. 2004 waren es 2%, während Deutschlands Wirtschaft nur um 1,7% wuchs. Bayerns Arbeitslosigkeit steigt, aber ist – nach der Baden-Württembergs – die niedrigste in Deutschland. Gegenwärtig sind es 7,3% im Vergleich zu bundesweiten 10,8%. In Bayern finden sich die meisten Boomregionen Deutschlands, wenngleich die Randgebiete im Osten und Norden an Boden verlieren<sup>45</sup>. Im internationalen Schulleistungstest PISA bekam Deutschland insgesamt schlechte Noten, aber von den schlechten Noten waren diejenigen Bayerns noch die besten. Solange Bayern in einem unvorteilhaften Umfeld noch mit am besten dasteht<sup>46</sup>, muss die CSU nicht befürchten, für die schwächelnde Leistungsfähigkeit des Freistaats haftbar gemacht zu werden.

Wenn überhaupt, steht die CSU nach der verlorenen Bundestagswahl eher noch gestärkt da. Ihr Kanzlerkandidat hat ein mehr als achtbares Ergebnis eingefahren, ganz im Gegensatz zu Franz-Josef Strauß 1980. Nicht wenige in der CSU dürften im Grunde froh sein, dass sie in dieser extrem schwierigen Wirtschaftslage für Gesamtdeutschland nicht Verantwortung übernehmen mussten. Die oben angesprochene, institutionelle und politische Doppelrolle als autonome Landespartei mit besonderem Bundes-Charakter würde unter einem CSU-Kanzler nicht mehr funktionieren. Denn als Kanzlerpartei wäre die CSU zu zu viel bundespolitischer Rücksichtnahme gezwungen, um noch eigenständig die besonderen bayerischen Belange vertreten zu können. Diese Gefahr wurde während des Bundestagswahlkampfes 2002 mehrfach deutlich. So musste der gesamtdeutsche Kandidat Stoiber seine Kritik am Länderfinanzausgleich mäßigen, um keine Wähler in den ärmeren Bundesländern zu verprellen. Dieser Finanzausgleich ist in Bayern extrem unpopulär, da er Steuerkraft aus Bayern in die strukturschwachen Bundesländer abschöpft.

44 Zitiert nach der Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, MdL, zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Bayerischen Landtag, Mittwoch, 29. Januar 2003 (Redemanuskript unter <http://www.spd.bayern.landtag.de/download/030129FM.pdf>).

45 »Zukunftsatlas 2004« in: *Handelsblatt*, 21.07.2004.

46 S. dazu den Leistungsvergleich der 16 deutschen Bundesländer von Susanne Blancke / Horst Hedrich / Josef Schmid, »Bundesländer-Benchmarking 2002«, Tübingen: *WIP Occasional Paper* Nr. 19/2002.



Eine gewisse Tragik für den politischen Konservatismus in Deutschland besteht darin, dass die Stärke der CSU in Bayern sich nicht unbedingt auf die Union insgesamt überträgt. Wie mehrfach gezeigt wurde, ist die CSU in ihrer Doppelrolle als Regional- und Teil einer Bundespartei nur solange glaubwürdig, solange sie sich immer wieder an ihrer großen Schwester reibt. Gegenüber der CDU versteht sich die CSU häufig als Kraftquelle, als konservativ klare Partei, die etwa bei der Asyl- und Einwanderungspolitik, im Strafrecht oder in EU-Fragen deutlich restriktivere Positionen vertritt. Sie zögert auch nicht, rechtspopulistische Parolen zu vertreten, wenn es ihr opportun erscheint<sup>47</sup>. Im Kern ist sie aber eine »Staats- und Ordnungspartei« mit starken föderalistischen und familienpolitischen Akzenten, die sich stets als Anwalt des »kleinen Mannes« sieht<sup>48</sup>. Sie ist deshalb in der Gesundheits-, Renten- und Sozialpolitik sehr viel weniger wirtschaftsliberal eingestellt als die CDU. Diese strategisch, aber auch inhaltlich bedingten Unterschiede werden auch in Zukunft die Entwicklung eines gemeinsamen Oppositionsprogramms aus einem Guss und damit die Chance auf einen Regierungswechsel 2006 beeinträchtigen.

### *Zusammenfassung*

Die Christliche Soziale Union in Bayern (CSU) ist eine Ausnahmeerscheinung unter den politischen Parteien in Wettbewerbsdemokratien. Mit nur einer Ausnahme führte sie alle bayerischen Landesregierungen. Der Aufsatz stellt zentrale Erklärungsfaktoren des phänomenalen Aufstiegs und der anhaltenden Vorherrschaft dieser Partei dar. Dazu zählen historisch günstige Umstände wie die späte Vollindustrialisierung Bayerns, eine passgenaue politisch-kulturelle Homogenisierung unter dem Banner der CSU und programmatische Weichenstellungen. Aus dieser glücklichen Kombination von Gelegenheiten und Entscheidungen resultieren Größenvorteile, die bis heute andauern und auf absehbare Zeit die politische Konkurrenz in Bayern klein halten werden. Gefährlich kann der CSU hingegen eigenes Fehlverhalten werden, das aus einem Gefühl der Unangreifbarkeit resultiert. Zudem wirken sich die Faktoren, welche ihre Vorherrschaft in Bayern stützen, für die Union als Ganzes durchaus zweischneidig aus.

### *Summary*

The Christian Social Union in Bavaria (CSU) is exceptional within the world of political parties in competitive democracies. It controlled, with one exception, all federal cabinets in Bavaria. The article presents explanatory factors to account for such an enduring predominance. Among these factors are a favourable historical context like the retarded industrialization of Bavaria, a strategy of political-cultural

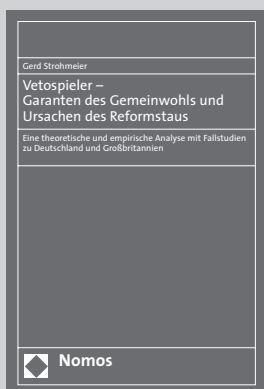
47 Stefan Immerfall / Paul Thurner, »Die REP in Bayern. Der kurze Triumph einer rechtspopulistischen Partei« in: *Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft*, 15/1996, S. 46-100.

48 Mintzel 1998, aaO. (FN 6), S. 92-112.



homogenizing Bavaria under the flag of the CSU and programmatic decisions. This lucky combination of opportunities and options resulted in economies of scale that make it all but impossible for political competitors to catch up in the near future. It is its own misjudgement paired with arrogance and nepotism that could damage the political fortunes of the CSU. Moreover, its success is in certain ways inversely related to the success of Germany's political conservatism at large.

Das gesamte Nomos Programm ▶ suchen ▶ finden ▶ bestellen unter [www.nomos.de](http://www.nomos.de)



## Vetospiele – Garanten des Gemeinwohls und Ursachen des Reformstaus

Eine theoretische und empirische Analyse mit  
Fallstudien zu Deutschland und Großbritannien

Von PD Dr. Gerd Strohmeier,  
Universität Passau

2005, 242 S., brosch., 39,- €,  
ISBN 3-8329-1659-8

Die vorliegende Habilitation »Vetospiele – Garanten des Gemeinwohls und Ursachen des Reformstaus« verfolgt vornehmlich drei Ziele: die umfassende Einführung der Vetospieletheorie in Deutschland, die Evaluation der Ausgestaltung der politischen Ordnung sowie die Erarbeitung von Reformvorschlägen zur Erhöhung der politischen Steuerungsfähigkeit in Deutschland.

Außerdem die theoretische Diskussion der Frage, wie viele Vetospiele moderne Demokratien bzw. hoch entwickelte Industrienationen benötigen.

Nomos Verlagsgesellschaft  
76520 Baden-Baden  
Tel. 0 72 21/21 04-37 | Fax -43  
[vertrieb@nomos.de](mailto:vertrieb@nomos.de)



**Nomos**